

haft — in den Zusammenhang der allgemeinen Problematik der Entscheidungsdezentralisierung und folgert pessimistisch, eine „ideale Lösung“ sei nicht zu erwarten (S. 48). Doch kann B. zugestanden werden, daß sein Grundkonzept des dezentralisierten Modells zumindest die Chance für die Entwicklung eines Konsensus zwischen den gesellschaftlichen und individuellen Interessen beinhaltet.

Mit den sozialen Aspekten der postulierten Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus befassen sich die Arbeiten „Die Wirtschaftsreformen und ihr gesellschaftspolitischer Aspekt“ und „Warenfetischismus und Sozialismus“. Für B. ist unlösbar mit der Entwicklung zur dezentralisierten Wirtschaft die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung verbunden (S. 62 ff.). Von der Realisierung dieses Postulats sei man jedoch wegen der „Angst, auch nur ein Element der politischen Struktur anzutasten“, in Polen noch weit entfernt (S. 64). Zu den entscheidenden Bedingungen des Gelingens der Reformen gehöre die Überwindung des Widerstandes, „die Macht zu teilen“ (ebenda).

Die Untersuchung des komplizierten Problems, die Beziehungen zwischen Plan und Markt, zwischen gesellschaftlichen Interessen und individuellen ökonomischen Anreizen so zu gestalten, daß eine Vermittlung zwischen ökonomischer Rationalität und Erfüllung der gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen hergestellt werden kann, führt zwangsläufig zur Frage der Interdependenz von ökonomischen und politischen Faktoren. Dieses Thema haben die beiden letzten Aufsätze unmittelbar zum Gegenstand („Volkswirtschaftliche Rechnungsführung und politische Entscheidungen“, „Über politische Ökonomie und das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik im Sozialismus“). B. warnt vor der als Reaktion auf den starken politischen Druck auf die Ökonomie festzustellenden Neigung, die Politik völlig aus dem Gesichtskreis der Wirtschaft zu entfernen (S. 99 f.). Im Interesse einer neuen „Gesellschaftstheorie der wirtschaftlichen Rationalität“ stellt er jedoch gleich eine ganze Reihe orthodoxer, in den osteuropäischen Ländern gültiger Leitsätze in Frage. Über die marxistische politische Ökonomie sagt er: „Eine Wissenschaft, die, statt die realen Widersprüche der Entwicklungsprozesse bloßzulegen, sie verwischt, begibt sich der Chance, aktiv auf die Wirklichkeit einzuwirken, verwandelt sich in Apologetik“ (S. 121).

Das Anliegen, mit dieser Auswahl verstreut erschienener Arbeiten einen einheitlichen Band inhaltlich verknüpfter Themen zusammenzustellen, ist als gelungen zu bezeichnen, sieht man über gelegentliche geringfügige Wiederholungen hinweg. Bei aller Kürze der Darstellung vermitteln die Aufsätze ein eindrucksvolles Bild von der Vielzahl der brennenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme und dem Stand ihrer wissenschaftlichen Bewältigung. Sie zeugen jedoch gleichzeitig von der Kluft zwischen intellektuellem Sachverstand bzw. Postulat und Realität in Polen.

Bonn

Gerhard Hahn

**Wirtschaftssysteme zwischen Zwangsläufigkeit und Entscheidung.** Marburger Forschungsseminar F. Bläich, I. Bog, G. Gutmann, K. P. Hensel. (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, H. 18.) Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1971. 285 S.

Das Buch beinhaltet die in Aufsatzform und zusammengefaßter Diskussion wiedergegebenen Forschungsergebnisse eines Seminars der „Marburger Schule“ der Ostwirtschafts- und vergleichenden Systemforschung. Es hat die historisch wie politisch und wirtschaftspolitisch aktuelle Frage: „Zwangsläufige Entwicklung von Wirtschafts- (und Gesellschafts-)systemen oder ordnungspolitische Entscheidungsfreiheit?“ zum Leitthema. Die Antwort auf diese Frage, nämlich,

ob der Mensch die Rolle eines bloßen Geschichtsobjekts erfüllt (Historischer Materialismus) oder ob er zum Schöpfer seiner eigenen Geschicke, zu einem sich selbst und seine Geschichte produzierenden Subjekt befähigt und berufen ist (moderne Ordnungstheorie), kann als entscheidendes Argument in der historischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West angesehen werden. Die in dem Band zu Wort gekommenen elf Autoren haben sich die Antwort auf diese Frage nicht leicht gemacht. Im ersten Teil werden einige theoretische Positionen (nach Marx, Hensel, Propper, Rostow, modernen Konvergenztheoretikern) bestimmt und logischer Kritik unterworfen. Diese Positionen werden im zweiten Teil an Hand von konkreten Transformationen und Reformen in Deutschland und den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas empirisch überprüft. Die Ergebnisse sind im dritten Teil knapp zusammengefaßt.

Werden nun die Grundpositionen Zwangsläufigkeit oder Entscheidungsfreiheit durch die konkreten Veränderungen von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen bestätigt oder widerlegt? Für die Thematik der „Zeitschrift für Ostforschung“ sind hier insbesondere die beiden Beiträge von Reinhard Peterhoff („Tschechoslowakei — Rezeption des sowjetischen Wirtschaftssystems nach 1945“; „Polen — Reformen des Wirtschaftssystems seit 1945“) und der Aufsatz von Ulrich Wagner („Tschechoslowakei — Transformation zur Sozialistischen Marktwirtschaft 1967“) bedeutungsvoll. Während Peterhoff die Umgestaltungen von Wirtschaft und Gesellschaft Polens und der Tschechoslowakei in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg analysiert, die die bewußte Übernahme der original-sowjetischen Ordnungsprinzipien und Lenkungsverfahren beinhalteten, faßt Wagner die Ursachen und den Ablauf der Transformation des tschechoslowakischen Wirtschaftssystems in den Jahren 1967 und 1968 zusammen, die wiederum im bewußten Abbau der sowjetischen Steuerungsverfahren und in der Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien bestanden. Mit seinen wirtschaftshistorischen Beiträgen hat sich insbesondere Peterhoff um die Erhellung von Fakten zur Nachkriegsgeschichte Polens und der Tschechoslowakei verdient gemacht. Er hat dabei gleichzeitig die Richtung gewiesen für weiterführende monographische wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten zur neueren Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas, ein von westlicher Seite weitgehend noch unbearbeitetes Feld.

Wichtig ist die Feststellung, daß in der Tschechoslowakei und in Polen in den ersten Jahren nach 1945 — und das trifft auch auf die im Buch erörterten Beispiele Ungarn, Jugoslawien und die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands zu — die Entwicklung bestimmt worden ist durch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gesamtentscheidungen für die Zentralverwaltungswirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Diese Entscheidungen und ebenso die späteren Transformationsentscheidungen für die sozialistische Marktwirtschaft in Jugoslawien 1952, in der Tschechoslowakei 1967 und in Ungarn 1968, zwar auf politischem Zwang bzw. Sachzwang beruhend, waren nicht zwangsläufig, d. h. sie waren nicht (historisch) determiniertes Ergebnis der jeweils vorangegangenen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Alternative Möglichkeiten der Entscheidung waren gegeben (z. B. im zweigeteilten Deutschland 1945!).

Die Ergebnisse der theoretischen und historischen ökonomischen Analysen dieses Buches beweisen die Richtigkeit der Auffassung, daß beide wirtschaftlichen und politisch-sozialen Systeme von Ost und West „bei jedem Stand der Produktivkräfte“ realisierbar sind, womit die These von der zwangsläufigen Aufeinanderfolge bestimmter „gesellschaftlicher Formationen“ erneut widerlegt worden ist. Der Band liefert darüber hinaus Argumente für die moderne kon-

vergenztheoretische Diskussion. Er besticht durch den nur selten anzutreffenden Tatbestand der bewußt gesuchten Konfrontation mit theoretischen und politischen Grundproblemen der Wirtschaftsordnung und durch das Bemühen, diese Probleme bei Auffächerung ins Detail streng logisch-kritisch zu Ende zu denken.

Bonn

Gerhard Hahn

**Rolf C. Ribi: Das COMECON.** Eine Untersuchung über die Problematik der wirtschaftlichen Integration sozialistischer Länder. (Veröff. des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen, Bd 25.) Polygraphischer Verlag, Zürich, St. Gallen 1970. XXXII, 462 S.

Der als Reaktion auf die Wirtschaftspolitik in Westeuropa u. a. mit dem Ziel der Durchsetzung des sowjetischen Planwirtschaftssystems in den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern auf der Grundlage politischer Gleichschaltung und Bindung an die Sowjetunion geschaffene „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) — im Westen häufig als COMECON bezeichnet — beging im Januar 1969 sein zwanzigjähriges Bestehen, ein Jubiläum, das in die Zeit einer echten Integrationskrise des sowjetsozialistischen Wirtschaftsblocks fiel. Die Arbeit von Ribi möchte sich nicht als Jubiläumsschrift verstanden wissen. Doch wird sie sich aus der Sicht des Rezensenten das Lob gefallen lassen müssen, die bisher beste westliche, in monographischer Form vorliegende Dokumentation zur Vorgeschichte und Gründung, zur Organisation, zu den Zielen und Aufgaben, zur Tätigkeit und zur Bedeutung des RGW in den ersten zwanzig Jahren seines Bestehens darzustellen. Die wissenschaftliche Akribie, mit der R. Material zusammenträgt, aufbereitet und deutet, hat die bisher umfassendste, streng objektive Untersuchung des Gesamtkomplexes der sozialistischen industriewirtschaftlichen Integration entstehen lassen. Es darf als — positive — Ausnahme bezeichnet werden, daß dies ohne Kenntnis osteuropäischer Sprachen, also ohne Auswertung des nicht in westlichen Übersetzungen vorliegenden osteuropäischen Schrifttums, so gut gelang. Es fällt schwer, einzelne Problemkreise der Arbeit hervorzuheben. Eine einleitende Bezugnahme auf die „Traditionskräfte“ im russischen und ostmitteleuropäischen Raum läßt die historischen Voraussetzungen der Entstehung des osteuropäischen Wirtschaftsblocks sichtbar werden. Die ausführlich dargestellten wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Grundlagen leiten über zur Organisation des Rates. Eingehend werden die Ratstagungen und deren Ergebnisse erörtert. Ebenso gründlich werden die eigentlichen ökonomischen Probleme analysiert, die Koordination der nationalen Perspektivpläne, die Spezialisierung der Industrieproduktion, Strukturprobleme des Außenhandels sowie der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr als bisher ungelöstes Problem im Sowjetblock. Für die Stagnationskrise im RGW Ende der sechziger Jahre wird eine Reihe von Gründen genannt. Sie reichen von objektiven Integrationshemmnissen, die einer verwalteten (zentralplanwirtschaftlichen) Integration inhärent sind, bis zu den auf nationalstaatlichen Ambitionen gegründeten Interessengegensätzen der Mitgliedsländer.

Trotz des Umfangs des Buches bleibt der Blick, bei Genauigkeit im Detail, stets für das Wesentliche gewahrt. Die teilweise unrichtigen Zeitangaben in der Übersicht der Ratstagungen auf S. 67 können, zumal die entsprechenden Angaben im Text stimmen, wohl dem Setzer zugeschrieben werden. Unbehandelt bleiben die Versuche der Agrarzusammenarbeit im RGW. Doch kann hier auf die Spezialuntersuchung von Günter Jaehne verwiesen werden.<sup>1</sup> Vermißt